

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Gebr. Knob, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kustadt und Dresden-Altkadt

Abonnementpreis einschließlich Frangierlohn monatlich 5,00.— M., durch die Post bezogen monatlich 6,00.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonntagsnummer 300.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5spaltige Nonpareilzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die 8spaltige Reklamezeile 1600.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7600 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Familienangehörige, Straßen- u. Mietgeschäfte 40 Proz. Rabatt. Für Briefnachlieferung 150 M.

Nr. 84

Dresden, Mittwoch den 11. April 1923

34. Jahrg.

## Bürgerliche Verlegenheit

Die Klare, in jeder Beziehung unantastbare Programmrede des Genossen Zeigner hat der bürgerlichen Presse erhebliche Verlegenheiten bereitet. Sie hat damit gerechnet, wüsste sie, dass die neue sozialistische Regierung loslassen zu können. Aber so entschieden und klar Genosse Zeigner die Ziele und das Programm der sozialistischen Regierung in seiner Rede darlegte, so zeugen seine Ausführungen von so viel realpolitischem Sinn und ruhiger sachlicher Betrachtung der Tatsachen, daß es Segnern die nur halbwegs bei der Wahrheit bleiben wollen, schwer fallen muß, in der erwünschten Weise Sturm gegen die neue sozialistische Regierung zu bliesen. Tücher liegen nur wenige Pressestimmen vor. Der Dresdner Anzeiger hilft sich mit einem ziemlich leeren und inhaltslosen Gerede, er bringt es sogar fertig, von einer „Zurückführung sozialdemokratischer Programmwünsche“ zu sprechen. Wir lesen dort:

Die Regierungserklärung enthält mancherlei, dem man ohne Bedenken zustimmen kann, mancherlei andres, zu dem eine grundsätzliche abweichende politische Auffassung ihre Anmerkungen wird vorbringen müssen. Wohlstand berührt es jedenfalls, daß man von der Sozialisierung nichts mehr hört. Sie hätte ja auch zu dem Wunsch, noch andere Industrie nach Sachsen zu ziehen, in gar zu tristem Widerspruch gestanden. Die neue Regierung begnügt sich also mit der „Entwicklung von der Privatwirtschaft zur Gemeinwirtschaft“. Das ist ohne Zweifel mehr als etwa ein Verdeutschungsversuch für Sozialisierung, der übrigens begrifflich mißlungen wäre, weil nämlich in diesem Falle das Wort Vergesellschaftung hätte gewählt werden müssen. Es handelt sich offenbar um die Zurückführung sozialdemokratischer Programmwünsche auf einen der wirtschaftlichen Kernpunkte entsprechenden Entwicklungsbegriffen. Das ist nur zu begrüßen.

Ueber die Begriffe Vergesellschaftung, Gemeinwirtschaft, Sozialisierung, wollen wir uns mit dem Dresdner Anzeiger nicht auseinandersetzen, es käme dabei nichts heraus, denn der Verfasser des Anzeiger-Artikels hat die Regierungserklärung nicht einmal ernsthaft im Zusammenhang betrachtet. Auch dem flüchtigen Leser springt in die Augen, mit welcher Bestimmtheit sich die Regierung dafür auspricht, alles zu tun, was sie kann, um die Entwicklung zum Sozialismus vorwärtszutreiben. In der Rede wird ausdrücklich betont, daß sich die Regierung bemühen wird, den Beweis dafür zu erbringen, daß auch im Rahmen eines Einzelstaates sichtbare Fortschritte zu sozialistischen Formen möglich sind. Wie so in derartigen Ausführungen ein „Zurückführen sozialdemokratischer Programmwünsche“ liegt, bleibt ein Betriebsgeheimnis des Dresdner Anzeigers. Die Anschauung, daß wir hier in Sachsen ohne Rücksicht auf das, was sonst in der Welt vorgeht, die sozialistischen Ziele verwirklichen könnten, hat bisher noch nie eine sozialistische sachliche Regierung vertreten.

Es versteht sich von selbst, daß dem Dresdner Ratssblatt die Ausführungen des Genossen Zeigner über die Selbstschutzorganisationen sehr wenig gefallen, und in dieselben Reihen hauen auch die Dresdner Nachrichten. Alle Versuche, derartige Organisationen als verfassungswidrig hinzustellen, sind natürlich nur Spiegelbildereien. Es ist das Recht eines jeden Staatsbürgers, sich gegen Eingriffe in seine Rechte zu schützen, solange er dabei die Gesetzgebung nicht verletzt, und das soll und wird durch die Selbstschutzorganisationen der Arbeiterschaft nicht geschehen. Geradezu lächerlich mutet es an, wenn die Dresdner Nachrichten in der Regierungserklärung die unmissverständliche Zusage vermissen, daß man sich auch der Einkassierung voll bewusst und auch bereit sei, ihr entgegen zu begegnen. Wenn die Dresdner Nachrichten unsere Verfassung schützen wollen, dann mögen sie sich vor allen Dingen in den Kreisen umsehen, die ihnen nahe stehen. Wir haben bisher nur immer gesehen, daß sich die Dresdner Nachrichten gern zu den Verteidigern der verfolgten rechtsbolschewistischen Unschuld aufwarfen. Die Entwicklung der letzten Jahre müßte jedem zur Genüge gezeigt haben, daß der Feind der Republik rechts steht. Solange die reaktionäre Presse die reaktionär-bolschewistischen Treibereien beschönigt, ist ihre Aufregung über die proletarischen Abwehrmaßnahmen elende Scheuerei!

Der Artikel, den sich das bekannte Schatzmacherorgan, die Leipziger Neuesten Nachrichten, zur Programmrede geleistet hat, sieht aus, als wäre er schon vor Bekanntwerden der Rede fix und fertig gewesen. Die Leipziger Neuesten Nachrichten wollten die Regierung Zeigner unter allen Umständen verunglimpfen und daran hat sie auch der Umstand nicht gehindert, daß ihnen die Programmrede das Einblasen schwer macht. Hier nur ein paar Verleum aus dieser Schatzmacherei, in der wir lesen, daß Zeigner „sein Wollen als nacktes Parteiprogramm enthält“, daß sich der „auf neue und schlagende die Lehre von der Unmoralität portepolitischen Treibens erneuert“. Dreist und gottesfürchtig wird dann behauptet, daß wir uns in Sachsen auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats befinden, denn Herr Zeigner habe die Schaffung von Arbeiterwehren angekündigt.

Aus der Rede Zeigners geht deutlich hervor, daß sich die neue Regierung zur Reichsverfassung bekennt. Das alles hindert die Leipziger Neuesten Nachrichten nicht, mit der Reichsregulativen zu drohen. Wollte man das Verhalten ernst nehmen, so wäre zu fragen: Warum treten die Leipziger Neuesten Nachrichten nicht dafür ein, daß einmal die Reichsregulativen gegen Bayern in Bewegung gesetzt wird, wo man die Verfassung nur so mit Füßen tritt? Im Schlußabsatz des Artikels heißt es schließlich:

So wird die sozialistisch-kommunistische Regierung mit den in Zeigner'schen Regierungserklärung vertretenen Tendenzen die ganze politische Entwicklung in Sachsen lahmlegen und eine Rückständigkeit der politischen Kultur bedingen, der gegenüber nur schärfste Abwehr proklamiert werden kann.

Die haßerfüllte Auslassung der Leipziger Neuesten Nachrichten zeigt, wie groß die Wut gewisser Kreise darüber ist, daß in Sachsen wieder eine sozialistische Regierung zustande kam. Für die Arbeiterschaft muß das ein Grund mehr sein, alles zu tun, um der sozialistischen Regierung eine fruchtbare Arbeit zu ermöglichen. Denn wenn damit auch die schwere Not von heute auf morgen nicht von den Massen genommen werden kann, so bietet dafür die Programmrede der Regierung eine Gewähr: Sozialdemokratie und Regierung werden alles tun, was sie können, um den notleidenden Massen zu helfen, um die Entwicklung vorwärtszutreiben auf dem Wege zum Sozialismus.

### Eine demokratische Stimme

Die demokratische Zittauer Morgenzeitung erkennt unumwunden an, daß Genosse Zeigner ebenso wie sein Vorgänger auf dem Boden der Verfassung steht und versichert, daß alle aufrechten Demokraten und ehrlichen Republikaner Dr. Zeigner gern in dem Verstand unterliegen werden, „alle Kräfte der Vernunft zu mobilisieren, um blutige Entlassungen der sich tödlich verschärfenden Gegensätze zu verhindern“ und mit ihm am „republikanischen Aufbau im fortschrittlichen Sinne“ zu arbeiten.

### Der letzte Gang

Die Beerdigung der Essener Opfer

Essen, 10. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Beerdigung der Opfer des Karfreitags gestaltete sich zu einer gewaltigen Demonstration gegen die fremde Gewaltherrschaft im Ruhrgebiet. Die ganze Bevölkerung der Stadt Essen war auf den Beinen und aus allen namhaften Orten des Ruhrgebietes waren Deputationen mit Kränzen und Fahnen erschienen. In 9½ Uhr begann im Hauptverwaltungsgelände der Krupp-Werke die Trauerfeier. Im Rhythmus des Verwaltungsgeländes waren unter Vorberäumen, Partimen und Kränzen die zwölf Einzelsärge nebeneinander aufgestellt.

ander aufgestellt. Bergknappen in Uniform hielten die Totenwache. Einer der Gefallenen ist auf seinen Wunsch bei seinen Kindern an anderer Stelle beigesetzt worden.

Unter den Kränzen, die an den Särgen lagen, bemerkte man den Kranz des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers. Auf der Schleppe des Kranzes der Reichsregierung stand: „Den Opfern für Recht und Freiheit.“ Der Kranz des Reichsarbeitsministeriums trug die Aufschrift: „Den für die Freiheit der Arbeit Gefallenen.“ Der Kranz des Sozialdemokratischen Parteivorstandes trug das bekannte sozialistische Wort: „Sie mordeten den Geist nicht, ihr Brüder.“ Im Rhythmus hielt Krupp v. Kuhlens und Hasbach eine kurze tiefempfundene Abschiedsrede. Dann trugen Bergknappen in Uniform die Särge zu den Wagen hinaus. Je vier Särge wurden auf einen mit vier Pferden bespannten Wagen gesetzt. Der Zug schloß sich durch die völlig stille Stadt in Bewegung. Alle Geschäfte, Gastwirtschaften usw. hielten ihre Lokale geschlossen. In den Fenstern, auf Dächern und auf Balkonen waren dicke Zuschauermassen zu sehen. Den ganzen langen Totenweg von der Krupp'schen Fabrik zum Ehrenfriedhof bildete die Krupp'sche Arbeiterkassenschonpforte. Dreitausend Krupparbeiter verfolgten den Ordnungsdienst.

Es ist wohl das erste Mal gewesen, daß ein Aufzug von diesem Umfange, in völliger Ordnung, ohne Anwesenheit irgendwelcher Polizeiorgane, stattgefunden hat. In dem Trauerzuge wehten mehrere Hunderte von Fahnen der Gewerkschaften, Vereine, Vorkommnisse, Kirchen usw. Die Zahl der Kranzträger war unübersehbar und machte im Zuge eine Länge von mehr als einem Kilometer aus. Auf dem Ehrenfriedhof fand dann eine Abschiedsfeier statt, bei der die Kruppdirektoren, der Betriebsrat, die Spitzen der Gewerkschaften usw. sprachen. Den Kranz des Reichskanzlers und der Reichsregierung legte der Staatssekretär Hamn nieder. Die Opfer wurden auf dem Ehrenfriedhof in einem großen gemeinsamen Grabe unter Gefängen und Missethätigen beigesetzt.

### Weitere Todesopfer

Essen, 10. April. In der vergangenen Nacht ist wieder einer der am Karfreitagsabend in den Krupp'schen Werken schwer Verletzten seinen Verwundungen erlegen.

Paris, 10. April. Pariser Blätter berichten: In der Nähe von Sédre wurde am Montag ein Deutscher, der einer Aufforderung eines französischen Postens nicht Folge leistete, von diesem erschossen.

## Der notwendige Schritt

Reichskanzler Cuno hat in der Trauerrede für die Opfer der französischen Soldateska gestern im Reichstage erneut die Verhandlungsbereitschaft der deutschen Regierung ausgesprochen. Er hat gesagt: „Auch heute noch, am Grabe, sind wir bereit, in freie, von jedem Zwang freie Verhandlungen einzutreten.“ Der offizielle Bericht enthält zwar diesen Satz nicht, doch ist er nach den Angaben der Berichterstatter gesprochen worden. Der Vorwärts erklärt dazu, daß Herr Cuno die Rede von einem vorher festgelegten Manuskript ablas, den oben angegebenen Satz aber frei sprach, also erst in letzter Stunde eingefügt hat. Gleichviel, die Rede Cunos war keine verhandlungsfeindliche, wie aus ihrem ganzen Text hervorgeht.

Aber das ist im Augenblick auch nicht mehr das Entscheidende. Vielmehr gilt es jetzt, daß die deutsche Regierung schleunigt ihr Reparationsprogramm und ihre Richtlinien zur gesamten Erfüllungspolitik öffentlich bekanntgibt, um den Verhandlungen zwischen Frankreich und England eine Basis zu schaffen und sie zwingend weiterzutreiben. Durch die Aufstellung und Bekanntgabe eines deutschen Reparationsprogramms kann und muß sich die deutsche Regierung jetzt einen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge sichern. Verkümt sie es, so wird über ihren Kopf entschieden und sie wieder vor fertige Tatsachen gestellt.

In einer offiziellen Information der Berliner Presse heißt es:

Der Außenminister v. Rosenbergs wird in seiner bevorstehenden Rede zum Etat des Auswärtigen Amtes aus seiner Reserve heraustreten und wenn auch nicht einen neuen Reparationsplan vorlegen, so doch die Richtlinien angeben, unter denen Deutschland zu einer Mitarbeit an der Lösung der internationalen Konflikte bereit wäre. In der Reichsregierung läßt sich augenblicklich Ermüdigungen darüber, wie Deutschland unter Wahrung seiner berechtigten Interessen Vorschläge für die Lösung des Rhein-Ruhr-Problems unterbreiten kann.

Es wird höchste Zeit, daß die Regierung Klarheit schafft. Die Bestrebungen zur Gewinnung Englands für die französischen Nachhahler schieben die „Sicherheitsfrage“ grell in den Vordergrund und verlangen in erster Linie die Abtrennung der Rheinlande. Da aber die englischen Regierungskreise abdrücken, gibt man der Losreisungsfrage eine harmlose Wendung und fordert die Schaffung eines „neutralen“ Gebietes, Staates oder Zone, die Saargebiet, Rheinland und Ruhrgebiet umfassen soll. In England ist man diesen Plänen sehr geneigt, wünscht nur, daß das „neutrale“ Gebiet unter die Oberhoheit des Völkerbundes gestellt werden sollte, womit man sein Gewissen

ob dieser Losreisung der wichtigsten Teile vom Deutschen Reich bedrängten will. Hier muß die deutsche Regierung sofort einschreiten und positive Vorschläge für die Regelung der Sicherheitsfrage machen, die mit den deutschen Interessen übereinstimmen. Daß die Sicherheitsfrage geklärt, geregelt und gelöst wird, liegt im dringenden deutschen Interesse. Friedenssicherungen zwischen den beiden entscheidenden Kontinentalmächten sind für die Zukunft Europas eine Notwendigkeit. Das deutsche Volk kann Sicherheiten geben, daß kein gieriger Militarismus mehr den Frieden bricht, und zwar jedes Abkommens ist die Zustimmung der 4. Arbeiterklasse jedes Landes. Wird erst eine Verwirklichung vom sozialistischen schaffenden Volke international getragen, so ist der Weg zu friedlicher Verständigung bei jedem Konflikt geöffnet und der Frieden für immer gesichert. Der Sozialdemokratie erwächst gerade jetzt die zwingende Pflicht, ihren Einfluß mit aller Kraft geltend zu machen.

Die Sozialisten der Entente-Länder haben sich — unter Verständigung mit der deutschen Sozialdemokratie — zu Verhandlungen über die Lösung der Reparationsfrage zum 4. April 1923 in London vereinigt. Ihr Programm ist aufgestellt und wird nach Billigung der einzelnen Landesparteien veröffentlicht werden. Parisier Meldungen besagen, daß es drei Gesichtspunkte aufstellt:

1. Deutschlands gesamte Leistungen für Reparations- und Besatzungskosten sollen zusammen auf 4,76 30 Milliarden Goldmark bemessen werden. 2. Ein mehrjähriges Moratorium ist zu gewähren. 3. Die internationalen Reparationsanleihe Deutschlands soll sofort, also während des Moratoriums, aufgelegt werden. Nähere Angaben liegen noch nicht vor.

Die Sozialisten der Entente-Länder werden nun in diesem Sinne Vorschläge in ihren Parlamenten stellen — und die deutsche Sozialdemokratie wird es nicht fehlen lassen, im Reichstoge und im Volke für dieses Programm und für die gesamte internationale Regelung zu wirken. Die deutsche Regierung muß jetzt durch aktive Verständigungspolitik dafür sorgen, daß erstens der Weg der Verhandlungen geöffnet bleibt, zweitens aber die Abmachung hinter den Kulissen nicht ohne deutsche Zustimmung und Billigung und Anteilnahme fertiggestellt werden dürfen. Die Zeit zum Regen ist da!